

KAMPF

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Kampftromp“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: halbes Jahr monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,70 Mark. Druck: Produktions-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, GbMdB., Halle, Berkaerstraße 14.

Verlagspreis: 15 Goldpfennig l. b. Millimeter Größe u. Spalter: 70 Goldpfennig l. Restame im Textteil. Anzeigenpreis: 10 Goldpfennig l. Zeilenbreite 14. Tel. 1045, 1047, 1051. Zeitungsbüro: Kienitzweg 14. Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privatbank, Halle. Telefontext: Leipzig 1005-48. Zeit. Halle, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 30. September 1925

5. Jahrgang • Nr. 215

Reißt die Dämme nieder zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern!

Wohlgemerkt! In überfüllten „Volksparl“-Sälen zu Halle die Auslands-Delegationen des SPD- und KPD- (KPD) vor Arbeitern jeder Parteirichtung. Das war keine Versammlung, in der mögliche Parteifreunde geschworen wurden, das war eine Veranstaltung, wo Arbeiter zu Arbeitern sprachen. Der ganze Ton der Versammlung war nicht abgemittelt auf äußerliche Hochheiter, sondern darauf, wirklich ernstlich die Wege zu finden, die endlich die so dringend notwendige proletarische Einheitsfront im Kampfe gegen die Reaktion vorwärts bringen können.

Nach den Ausführungen des Kollegen Lütjich, der vorwiegend in klarer und verständlicher Form den wichtigsten Auslands-Aspekte, sprach, ist von Beschlüssen und Unterbrechungen der Kollegen Betrag. Wenn man bekennt, daß das haltsche „Volksblatt“ ganz offen eigenen Parteigenossen — Betrag ist organisierter Sozialdemokrat — als von Moskau befohlen und kontrolliert bezeichnet hat, so muß man wirklich sagen, daß, wenn die „Volksblatt“-Redakteure noch ein wenig Schamgefühl hätten, sie sich vor der vornehmlichen und proletarischen Art und Weise, wie der Kollege Betrag mit ihnen abredete, in Grund und Boden schämen müßten.

Aus dem Kollegen Betrag sprach der ehrliche Wille eines sozialdemokratischen Arbeiters, endlich eine der schärfsten Mittel, immer wieder die Arbeiter auseinanderzureißen, nämlich die Eigenliebe über Sowjet-Rußland, zu beiseigen. Er wies durch seine auf hoher Warte stehenden Ausführungen vollkommene Laßheit, aber um so wirkungsvoller als die Tendenz-Organisierungen seiner eigenen Parteipresse zurück, und zwar mit einem solchen durchschlagenden Erfolg, daß wir uns nicht vorstellen können, wie auch nur einer der zahlreich anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter in der Zukunft noch den „Volksblatt“-Berichten Vertrauen schenken könnte.

Besonders eindringlich waren die Ausführungen des Kollegen Betrag, die sich mit den kommunistischen Arbeitern befaßten. Er anerkannte auf der einen Seite, daß die sozialdemokratischen Führer breite Massen ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter auf einen falschen Weg der Politik geführt haben. Aber gleichzeitig machte er auch — und unersetzlich zum großen Teil mit Recht — den kommunistischen Arbeitern den Vorwurf, daß sie nicht eindringlich und kameradschaftlich genug bisher sich mit den Kollegen aus der Sozialdemokratischen Partei zu verständigen versucht haben. Kollege Betrag zeigte dann ganz richtig den Weg auf, der heute schon in der Richtung auf eine kampffähige proletarische Einheitsfront beschritten werden kann, indem er das Hauptgewicht seiner Ausführungen legte auf die gemeinsame Arbeit der sozialdemokratischen mit kommunistischen Arbeitern auf gemeinschaftlichem Kampffeldern mit dem Ziel einer neuen und internationalen Gewerkschaftseinheit.

Der wahrheitsgemäße Appell des Kollegen Betrag verfiel unter den sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeitern eine Wirkung nicht. Wir sind der festen Überzeugung, daß die Veranstaltung mit dem positiven Erfolg endigte, daß die zahlreich anwesenden Arbeiter in Zukunft mit dem ehrlichen Willen an alle proletarischen Tageskämpfe herangehen werden,

Die Sozialdemokratie zum Nutzen des englisch-russischen Einheitskomitees

Merksprüche

Wozu, 29. September. Zum Nutzen des englisch-russischen Einheitskomitees läßt sich der „Borwärts“ von seinem Londoner Korrespondenten einen eigenen Leitartikel schreiben, in dem die Stellungnahme der Sozialdemokraten folgendermaßen präzisiert wird:

„Man wird dieses Dokument nicht ohne Beachtung aus der Hand legen: es ist doch ein unübersehbarer Beweis dafür, wie wohl die Russen die englischen Mitglieder des Komitees in der Hand gehabt haben müssen, um ihnen die Annahme eines solchen Manifestes zumuten zu können. Die Analyse der gegenwärtigen internationalen Situation ist richtig, die Einmischung des Dames-Planes ist richtig, richtig ist die Formulierung über den Sicherheitsposten im Westen als militärische Allianz gegen Rußland und richtig ist schließlich die mit der Realität in seiner Beziehung lebende Schilderung des Ganges, daß die russischen englischen Beziehungen angeblich unter der Arbeiterschaft der ganzen Welt gefunden haben. Es ist schon ein hartes Stück, lediglich beschränkte Zustimmungen festzustellen, diese als einen unumstößlichen „Beweis“ für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zu zitieren und kein Entschweren davon verlangen zu lassen, daß Millionen organisierter europäischer Gewerkschaften diesen Einigungsverhandlungen mit einer Mischung aus Ungläubigkeit und Entsetzen zusehen und dazu nur schweigend haben, weil sie vernennen wollen, daß ihr Protest von der britischen Bourgeoisie gegen die englische Arbeiterschaft ausgeföhrt werden könnte.“

Mit dem neuesten Dokument aber haben sich die britischen Gewerkschaftsvertreter von den Russen in eine Stellung hineinmanövrieren lassen, die es der internationalen Gewerkschaftsbewegung unmöglich machen sollte, länger zu schweigen. Es ist nunmehr Zeit,

über die Parteifreunden hinweg eine kampffähige proletarische Front zu schaffen.

Folgende Resolutionen wurden dann mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Für Sowjet-Rußland und die internationale Gewerkschaftseinheit

Die heute am 29. September im „Volksparl“ jährlich versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erkennen an, daß sich Rußland auf dem richtigen Wege befindet. Sein wirtschaftlicher und politischer Aufbau erfolgt auf der Grundlage des Sozialismus und Kommunismus. Seiner auf dem Willen des gesamten russischen Volkes begründeten wirtschaftlichen Aufbau und dem damit verbundenen kulturellen und materiellen Aufstieg wird niemand mehr zu hindern in der Lage sein. Die Verarmung ist sich ferner einig, daß, um das kapitalistische Ausbeutertum in allen Ländern zu bekämpfen, die internationalen Gewerkschaftsvertreter die erste Voraussetzung ist. Die Versammelten verpflichten sich deshalb, in diesem Sinne zu wirken.

Zur Jugendarbeiterdelegation nach Rußland

Die am 29. September tagende Auslandsversammlung begrüßt die Einladung der russischen Jugend, eine Jugendarbeiterdelegation nach Rußland zu entsenden, nur auch unter den deutschen Jugendarbeitern des Völkergewandes, das man jehrelang über die Lage der russischen Arbeiter hat, endlich zu beiseigen. Die Versammlung gelobt, alle ihre Kräfte einzusetzen, finanziell sowie ideell, damit die Jugenddelegation einseitig wird, und fordert alle anwesenden jungen und erwachsenen Arbeiter auf, in ihren Organisationen und in den Betrieben dahingehend zu wirken, daß zu der am 25. Oktober im „Volksparl“, Halle, stattfindenden Jugenddelegierten-Konferenz,

die die Jugenddelegation nach Rußland wählt, Delegierte entsandt werden. Insbesondere sollen die Betriebsräte mit dafür sorgen, daß aus ihren Betrieben Jugendliche entsandt werden.

Es lege die Einheit der deutschen und russischen Jugendarbeiter gegen neue Kriege und alle Angriffe der Internationalen Kapitalisten!

(Ausführlicher Bericht wird über die Auslands-Delegationsversammlung im Inneren des heutigen Blattes.)

Polizeischikanen gegen Rußland-Delegierte

Die Angst vor der Wahrheit über Sowjet-Rußland

Wien. Der von der Krump-Verleumdung nach Sowjet-Rußland entsandene sozialdemokratische Delegierte Overhagen sollte am 27. September in öffentlicher Versammlung im Wiener Rathaus sprechen. Zu Tausenden waren die Arbeitermassen nach dem Versammlungsorte gekommen. Unter großer Empörung wurden die Versammelten jedoch die Minderzahl entgegengebracht, daß Overhagen an der Grenze von der österreichischen Polizei aufgehalten und ihm die Einreise verweigert wurde.

„daß von den übrigen in der Antirussischen Internationale organisierten Gewerkschaften die abweichende Stellungnahme mit allem Nachdruck ausgesprochen wird; denn man wird mit guten Gründen annehmen können, daß sich die Mitglieder der britischen Gewerkschafts-Exekutiv überaupt nicht mehr bewegt sind, wie weit sie sich bereits von ihren Kollegen auf dem Festland um ihrer Freunde willen mit den Russen willen entfernt haben.“

Rettet den Genossen Ratoff!

Nede Smerals auf dem Parteitag der KPdZ.

(Eig. Drahtim.) Prag, 30. September.

Auf dem Parteitag der KPdZ, erklärte Genosse Smeral: Die heutigen Berichte aus Budapest sind höchst demütigend. Gefahr ist im Verzug. Die schändliche Sozialdemokratie mit den Genossen Ratoff noch im Laufe dieser Woche vor ein Ausnahmegericht stellen und ihn hingerichten lassen. (Stürmische Entrüstung.) Es gilt, gegen das schändliche Vorgehen zu protestieren, gegen die Brutalitäten der Horthy-Regierung nicht nur die kommunistischen Arbeiter, sondern die ganze öffentliche Meinung zu mobilisieren. Ratoff, von den Helfern des weißen Terrors gefoltert, hat sich als ein Held bewiesen. Die gegen ihn erhobenen Anklagen beruhen auf Lügen und sollen nur der Warnung zu dem beschäftigten Wort sein. Selbst die „Prager Presse“ sagt, daß Horthy die Meldungen künftslich aufgekauft hat, um gleich Janosfi einen Druck auf die Entente ausüben zu können und dadurch eine Erhöhung des Standes der Armees zu ermöglichen.

„Trotz der ihm drohenden Gefahr ist Ratoff nach Ungarn gegangen, um die Arbeiterbewegung in die Lage zu versetzen, dem Willen der Horthy-Regierung Einhalt zu gebieten. Das ist ein hingehört werden! Alle Arbeiter, auch Gelehrte, Schriftsteller, Liberale, rufen wir zum Protest gegen den beschäftigten Wort auf. Wir müssen schnell handeln, da es morgen schon zu spät sein kann.“

„Preisabbau“ und Lohnpolitik

Jeder Gewerkschafter, jeder Arbeiter, der als Betriebsrat oder Vertrauensmann mit Lohnverhandlungen zu tun hat, bekam oft genug zu hören: „Ja, die Lage der Arbeitnehmer ist schwierig — aber Sie werden doch selbst kein Interesse daran haben, die Preisabbaution der Regierung zu hören — warten wir bis nach dem 1. Oktober und schicken dann auf Grund der geklärten Verhältnisse auf ein paar Monate ab.“ Jeder klarsichtige Arbeiter weiß, daß der Unternehmer sein Feind ist und daß die schärfsten Bedenken dieses Feindes dazu dienen, die Protesten über die Ohre zu hauen. Darum muß er genau darüber nachdenken, wie die Auswirkung der „Preisabbautionen“ überhaupt stehen und welche Konsequenzen wir als Gewerkschafter daraus zu ziehen haben.

Die Hauptfrage, die wir uns vorlegen müssen, ist also die: wann und will die Arbeiter-Regierung — oder irgendeine andere Dames-Regierung — den Preisabbau durchführen? Welchen wirklich irgendwelchen Auswirkung auf eine anhaltende Senkung der proletarischen Lebenshaltung? Wenn ja, dann hätten die Arbeiter ein gewisses Interesse an einer längeren Einbindung der gegenwärtigen Geldlöhne, weil infolge der Preissteigerung die Kaufkraft dieser Löhne steigen würde. Wenn nein, dann bedeutet jede langfristige Tarifbindung natürlich im Gegenteil dauernd sinkende Reallohn, wachsende Verelendung der Arbeiter.

Welche Auswirkung hat nun eine „Preisabbaution“, welche Kräfte wirken heute und in nächster Zukunft preissteigernd — und welche wirken ihnen preisreduzierend entgegen? Preisreduzierend wirken zunächst vor allem die Schutzzölle für industrielle und landwirtschaftliche Produkte. Man erzählt uns zwar, daß diese Zölle im Verlaufe der Handelsvertragsverhandlungen herabgesetzt werden sollen — aber der bisherige Verlauf aller dieser Verhandlungen zeigt, daß die Regierung der Junker und Schwendendürstlichen (wie es auch im Interesse ihrer Kapitalgeber liegt) bei jeder Verhandlung jede einzelne Zollposition wie ihrer Augenfeind vertritt und gar nicht daran denkt, etwa auf einen Abbau dieser Schranken hinarbeiten zu wollen. Und gewisse wichtige Teile der Schutzzolltarifgebung, so vor allem die Einfuhrzölle, werden sich erst in nächster Zeit auswirken, verschärfte wichtige Zölle erst später in Kraft gesetzt werden. Von Seiten des Zollsystems ist also keine Abmilderung, sondern im Gegenteil eine Steigerung der preisreduzierenden Kräfte zu erwarten.

Die zweite Hauptkraft beim Preisabbau ist die Wirksamkeit der kartellierten und sonstigen monopolistischen Organisationen.

Wir sehen, daß in den letzten Wochen eine ganze Reihe von wichtigen kartellierten organisatorisch beseitigt und einige ausnahmsweise sogar zu richtiggehenden Tariforganisationen ausgebaut worden (der rheinische und der oberhessische Montanrat, der Chemiker und der Petroleumrat). Diese rasche Entwicklung solcher monopolistischer Organisationen wurde gerade durch die Schutzzölle geleistet. Denn die Schutzzölle können sich nur dann voll zum Nutzen der „Produzenten“ (nämlich der Ausbeuter der wirtschaftlichen Produzenten) auswirken, wenn durch diese Organisationen die Konkurrenz im Inland möglichst ausgeschaltet wird und es so den Kartellen des Jalles zu verhüten. Gerade das ist mit ein Hauptzweck der neuen monopolistischen Organisationen. Zu dieser Richtung werden die eine verstärkte Tätigkeit entfalten — und es ist natürlich eine Aeberei, zu glauben, daß die Arbeiter-Regierung, die Beauftragte dieser Organisationen, gegen sie einschreiten könnte oder auch nur wollte.

Ein drittes preissteigerndes Moment, das ebenfalls wie die bisher genannten, auch von bürgerlicher Seite allgemein anerkannt wird, sind die Wirkungen der hohen Steuern. Das alle indirekten Steuern, also alle Verbrauchs- und insbesondere die Umsatzsteuer preissteigernd wirken, ist klar, das ist ja ihr Zweck. Aber auch von den meisten direkten Steuern dieser herrlichen Republik, vor allem vom Lohnabzug gilt weitgehend dasselbe. Zum großen Teil wirken sich freilich diese Steuern einfach in einer Senkung der Lebenshaltung der verfallenden Massen aus, verkleinern deren Anteil am Ertrag der Gesamtproduktion. Aber das geht noch nur bis zu einem gewissen Punkt; man kann die Ausbeutungsobjekte nicht beliebiglich verarmen lassen, solange man sie benötigt, und so werden sich die Monopolisten der Arbeiter-Regierung zu einem beträchtlichen Teil auch in einer Steigerung der Produktionskosten aus, die dann natürlich auch die Konkurrenzsfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber der ausländischen vermindert. Und diese preissteigernde Wirkung wird sich natürlich in dem Maße verstärken, als zur Aufbringung der wachsenden Dames-Balzen der Steuerdruck sich verhärtet.

Und hier kommen wir zu den preisreduzierenden Kräften der Zukunft, die heute noch gar nicht unmittelbar sichtbar sind, sich aber in den nächsten Jahren mit fortschreitender Ausföhrung des Dames-Planes fühlbar machen müssen. Wir sprechen schon oben von dem zur Leistung der Zahlungen notwendigen, mit diesen Zahlungen zur Zeit zu Jahr helgendem Gelddruck, der unter jeder längerfristigen Preisbindung natürlich ausschließt auf Kosten der arbeitenden Massen gehen wird. Dazu kommen die ebenfalls von Jahr zu Jahr steigenden Kosten, die von den Eisenbahnen, der Post usw. aufgebracht werden müssen, und natürlich in Gestalt von preisreduzierenden Wirkungen Tarifschneidungen heringebbracht werden. Dazu kommt die beginnende Begehrung des Rohstoffes, die

Arbeiter über Sowjet-Rußland

Berichterstattung der mitteldeutschen Rußland-Delegierten im „Volkspart“, Halle

Das „Volksblatt“ wollte mit seiner Verleumdung der Rußland-Delegation, mit seinem Märchen über Bekämpfung der sozialdemokratischen Arbeiter und seinen Legenden über Votensammlung zur Rußland-Berichterstattung ohne Erfolg, mit schlechtestem Erfolg ausfallen. Es hat aber das Gegenteil von all diesen frommen Wünschen erreicht. Denn der große „Volkspart“-Saal hat gestern abend unter vielen Kommunisten, unter den Mitgliedern des Roten Frontkämpfer-Bundes eine große Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter, und sogar Gewerkschaftsangehörige hatten sich eingefunden, die vom „Volksblatt“ selbst weniger gemacht worden waren. Da mußte sie denn aus dem Mund des Sozialdemokraten Freitag vernehmen, daß man ihnen im „Volksblatt“ mit Schmeißeberichten über Sowjet-Rußland diene. Ob sie den Appell des Kollegen Freitag beherzigen und dafür sorgen werden, daß der Ten zum Kapitel Sowjet-Rußland im „Volksblatt“ ein anderer wird?

Nach Eröffnung der Versammlung ergab als Erster der Kollege Lütich das Wort, um seine Einträge zu lesen. Er hat in Halle bereits einmal gesprochen, und so gab sein geistiges Meistertum eine abgerundete Ergänzung zu all den Einzelbildern, die er wenige Tage nach seiner Rückkehr der hallischen Arbeiterklasse vorgetragen hatte. Die Delegation wäre darin übereingekommen, die Augenmerk auf vier Hauptgesichtspunkte zu richten:

Was ist es in Rußland den Arbeiter? Sagen die Betriebsräte in Rußland auf die Produktion? Wie ist die Lebenshaltung der russischen Arbeiter und was steht an der Spitze des Staates und der Wirtschaft? Sind die Arbeiter frei, oder werden sie unterdrückt?

Am Anfang der Rede stellte die Delegation einleitend fest, daß auf sozialistischen Wege in Rußland Großes geleistet wird. In Deutschland wurde hingegen seit der Revolution 1918 eine Erzeugnisse der Arbeiter nach der anderen abgebaut, der Kampfundentzug ist verschwunden, die Rechte der Betriebsräte sind bis ins Kleinste bedingt. Genosse Lütich stellte am Schluss seiner Einleitung fest: Wir haben den russischen Arbeiter verstanden, daß wir der deutschen Arbeiterklasse alles erzählen und nichts vorkalten werden.

Dann führte Genosse Lütich aus: Die Sowjetregierung ist seit in den Händen der Arbeiter. Die Sowjet-Berichter unter Führung der Kommunistischen Partei haben es verstanden, daß ein Stamm von Arbeitern herauszubringen, die erkannt haben, daß es besser zu leben ist unter ihrer eigenen Herrschaft und daß in ihren Reihen Gleichschickung herrscht. Genosse Lütich ging auf die Stellung der Frau in Sowjet-Rußland ein und von diesen allgemeinen Betrachtungen auf die sozialen Verhältnisse über: Wirtschaft, Tag, Freizeit, Erziehung, Sozialversicherung. Hierbei hat er besonders hervor, daß Kräfteanstrengung der Arbeiter in unserer Form nicht existiert, sondern daß sie ihren vollen Lohn weiterbestimmen. Auch die Zentralität liegt in viel weitgehender Weise als in Deutschland unterdrückt.

Der Referent hob hervor, daß die Intellektuellen in Sowjet-Rußland voll und ganz die Wirtschaft und die Regierung unterstützen und daß sie keine Sabotage mehr treiben, wie die sozialdemokratischen Kräfte es immer darzustellen wollten. Dann ging der Referent auf die Wirtschaft, auf die Wohnungsfrage und auf die Gewerkschaften ein. Die russische arbeitende Bevölkerung ist mit 96 Prozent in den Gewerkschaften veranlagt. Sie wollen die Gewerkschaftseinheit mit der Arbeiterdemokratie international herbeiführen. Die Arbeiterdemokratie stellen jedoch unannehmbare Bedingungen. Trotzdem legen sich die russischen Gewerkschaften dafür ein, daß ein gemeinsamer Kongress stattfindet, auf dem die Richtlinien zu gemeinsamer Arbeit ausgearbeitet werden sollen.

„Es wird endlich Zeit“, schloß Genosse Lütich seine Ausführungen, daß die Arbeiterklasse der westeuropäischen Länder versteht, sich zusammenzufinden innerhalb der freien Gewerkschaften, denn nur dadurch ist es möglich, in der Zukunft imperialistische Kriege gegen Sowjet-Rußland abzuwenden.“

Nach einer Pause von fünf Minuten ergriß der Kollege Freitag den Vorsitz. Er sprach über die Rückkehr der Delegation nach Halle, ging auf die Einzelheiten ein und ergänzte die Ausführungen des Genossen Lütich. Er führte aus: Ich werde meine Ausführungen verlagern müssen, um nicht unvollständig zu sein, damit nicht das „Volksblatt“ von mir nur vormitt. Ich hätte nur Dinge erzählt, die für die Arbeiter belanglos sind. Ich habe in manchen Stellen bis zu vier Stunden gesprochen unter der gleichen Aufmerksamkeit der zahlreich anwesenden Arbeiter, die mir bis zuletzt gefolgt sind. Ich will es auch hier so halten, daß ich von dem täglichen Leben in Rußland berichte.

Zuerst ging der Kollege Freitag auf die Organisation der Betriebe ein. Er berichtete, wie der rote Direktor von der Fabrik gewählt wird, wie er sich den technischen und kaufmännischen Direktor hinsetzt. Während der rote Direktor 100 Rubel im Monat als Lohn erhält, erhalten die technischen und kaufmännischen Direktoren 300 bis 400 Rubel im Monat. In einem Fall, in den Putzwerk-Berichten erhält der technische Direktor sogar im Monat 450 Rubel. Der Untergrund der Beziehung zwischen dem roten Direktor und den anderen Direktoren ist deshalb nicht zu vermeiden gewesen, weil diese Direktoren die Höhe ihrer Gehälter vom Kapitale abhängen und die Sowjetregierung zur Herabsetzung der nötigen Sozialleistungen diese Konzeption machen mußte. Ob diese Unterdrücklichkeit in der Beziehung föhlich in der Konzeption zu einer neuen Klassenfrontierung führen müßte, wurde entschieden verneint. Folgendes davon, daß die Höhe ihrer Gehälter vom Kapital abhängen und die Sowjetregierung geeignet fand, handelt es sich bei dieser Höherbestimmung um eine vorübergehende Übergangsmaßnahme, die durch Einstellung roter kaufmännischer und technischer Direktoren im Laufe der Zeit beseitigt wird. Dazu sei es auch kaum möglich, ausreichendes Kapital in den noch vorhandenen Stellen der Privatwirtschaft anzufinden.

Sodann ging der Kollege Freitag auf die Lage der jugendlichen Arbeiter ein. Während die Lehrlinge bis zu sechzehn Jahren nur vier Stunden pro Tag zu arbeiten haben, erhalten sie in den vier restlichen Stunden des achtstündigen Arbeitstages einen sehr begünstigten technischen Unterricht in ihrem Fach. Die Lehrlinge über 16 bis 18 Jahre arbeiten sechs Stunden. Durch diese Tatsache werden alle Lehrlinge zu hochqualifizierten Arbeitern herangebildet, und sie kommen, wenn ihrer Begabung hervorragend ist, auf die Arbeiter-Universitäten. Dort wird im Jahre acht Monate studiert und vier Monate Lehren die Studenten wieder zu ihrer Arbeit zurück. Die Arbeiter-Studenten — und die Universitäten bestehen

nur aus solchen — erhalten im Monat neben sehr vielen sonstigen Vergünstigungen 25 Rubel Zulagegeld.

In den Fabriken spiegelt sich das ganze Leben der Arbeiter wieder. Neben jeder Fabrik befindet sich die Konsum, wo die Arbeiter alle lebensnotwendige Ware kaufen können. Das Konsumhaus und das Kulturhaus. Während das Konsumhaus den geistigen Berichterstattungen der Arbeiter dient, ist das Kulturhaus eine Stätte einer geistigen Arbeit. In den Putzwerk-Berichten haben wir, so führte Freitag aus, allein 25 verschiedene Bildungsziele, die sich mit den verschiedensten Problemen, die es mit sich bringt, befassen. In der Fabrik wird es mit verschiedenen Fragen beschäftigt. Freitag führte aus, daß es besonders die sozialdemokratischen Delegierten zuerst eigenartig berührt habe, daß die Frauarbeit in den Fabriken nicht nur nicht abgelehnt ist, sondern im Gegenteil bewußt gefördert wurde. Diese Tatsache hätten sie nicht in Einklang bringen können mit der von ihnen vertretenen Auffassung von der „Männlichkeit“ der Frau. Die Frau wird durch die letzten Zustände eines Befreier beherrscht werden. Gerade diese sogenannte „Männlichkeit“ bedingt nicht zuletzt die Mütterlichkeit der Frau in geistigen und politischen Dingen. Mit diesem System hätten die russischen Kommunisten in sehr verständiger Weise gebrochen, daß die Frau nicht nur auf dem Papier, sondern auch in Wirklichkeit gleichberechtigt sei. Neben jeder Fabrik befindet sich ein Säuglings- und Kinderheim. Die arbeitende Frau habe in der Stillzeit jede drei Stunden die Möglichkeit, auf eine halbe Stunde in das Kinderheim hinduzugehen, um ihr Kind zu stillen. Acht Wochen nur und acht Wochen nach der Entbindung sei die Arbeiterin unter der Auszahlung des Lohnes von jeder Arbeit in der Fabrik befreit. Am Abend nach der Arbeit nehmen die Arbeiterinnen ihre Kleinen meist nach Hause mit. Kollege Freitag ging dann in diesem Zusammenhang noch auf die Säuglings-, Kinder- und Erholungsheime ein, die er ausgesprochen darzustellen mußte. Er erzählte von den Erholungsstätten (nicht Häusern), die einen ganz überwältigenden Eindruck auf sie gemacht hätten.

Von den vielen Fragen, die der Kollege Freitag berührte, seien noch einige wenige herausgehoben. Einmal fragte er nach den Ausführungen wählte er der Bauernfrage und berichtete, wie auch der das gesellschaftliche Leben organisiert sei. Sowohl in der Handhabung der Bauern, wie in Haus und Verlust ihrer Waren. 90 Prozent des gesamten Konsums gehen durch die Konsumgenossenschaften. In Rußland waren keine Ausführungen über die Wirtschaft in Rußland. Die Werte ist erstens nach dem Einkommen, zweitens nach der Kopfzahl, drittens nach der Raumgröße der Wohnung berechnet.

Je höher der Verdienst, desto größer die Miete, je größer die Familie, desto geringer die Miete.

Die Art dieser Verteilung in ihren Einzelheiten hat zweifellos das rege Interesse aller anwesenden Frauen gefunden. In kürzeren Ausführungen kam dann der Kollege Freitag auch noch auf die Frage der Unterdrückung der russischen Arbeiter und russischer Arbeiter, deutscher und russischer Arbeiter.

Die deutsche Gewerkschaftsdelegation hat sich auf ihrer Reise sehr genau die Gefängnisse angesehen, und zwar nicht die Gefängnisse, die zur Verhängung vorgeschlagen wurden, sondern die Gefängnisse, die die Delegierten sich ansehen wollten und in die sie ganz unerschrocken hineingelangen. Auf diese Weise hätten sie auch eine Vorstellung von der Lage der russischen Arbeiter bekommen. Kollege Freitag hat nun geäußert, daß die russische Arbeiterklasse eine Erklärung vor, die diese ihnen auf ihre Werte hin ausgedrückt hatten und die belegt, daß die russischen Arbeiterklasse durchaus nicht mehr auf ihrem früheren politischen Standpunkt verharren, sondern die Arbeiterklasse eine neue politische Richtung einnehmen. Darunter seien die Gefängnisse in einem ausgezeichneten Zustande gewesen. Das Essen sei als durchaus gut zu bezeichnen. Der Zustand der Gefängnisse in Rußland sei überhaupt nicht mit dem Zustand der Gefängnisse in Deutschland zu vergleichen. Er sei ungleich besser.

In diesem Zusammenhang polemisiert der Kollege Freitag gegen die Unterstellungen und Verleumdungen der „Volksblatt“, das die Unterdrückung der russischen Arbeiter und Arbeiterklasse in der russischen Arbeiterklasse gesehen, die man in das Gefängnis hineinschleift hätte. Er führte weiter aus:

„Ich behaupte, daß meine sozialdemokratischen Zeilungen keine Originalberichte bringen, sondern nur Artikel von Emigranten, die nicht mehr in Rußland sind. Aus aber, den langjährigen organisierten Sozialdemokraten, derer wir die Spalten unserer Parteipresse. Das ist ein überaus trauriger Zustand, der beklagt werden muß.“

Das „Volksblatt“ wird nach dieser Rede wahrscheinlich schreiben, der Redner hat gar nicht Freitag gemeint, sondern ein verarbeiteter Tischfilm, den man an Freitag's Stelle nach Deutschland zurückgeschickt hätte.

Mit einem kurzen politischen Appell der kämpfenden Einheit der Arbeiterklasse, mit dem Ruf: Es lebe die Einheit der Gewerkschaften, es lebe die brüderliche Solidarität des Weltproletariats, schloß Kollege Freitag seine überaus sachlichen und klaren Ausführungen. Lang anhaltender Beifall lohnte den Redner.

In der Diskussion verbreiterte sich vor allen Dingen ein jugendlicher Genosse der KAPD, der zwar die russische Revolution anerkannte, aber die Konzeptionspolitik der Volkswirtschaft als verhängnisvoll bezeichnete, ohne im einzelnen auf ihre geschichtliche Wichtigkeit durch das Fehlen der Revolution in Westeuropa einzugehen, ohne die Weltrevolution dieser Konzeption, die vollkommen abgelehnt werden kann, einzugehen, glaubte er feststellen zu müssen, daß hierdurch die russische Revolution beendet sei. Der Redner der KAPD wandte sich gegen Gewerkschaftseinheit. Er äußerte die Meinung zu sein, daß eine Revolution lediglich von einer kleinen Elite durchgeführt werden könne, die nichts anderes zu tun habe, als praktische Arbeit in der Wirtschaft zu bewahren, auch durch den Tageskampf zu organisieren. Seine Ausführungen waren von jeder Partei lachend entgegnet, daß man es nur bedauerlich fand, daß ein immerhin revolutionäres Temperament sich so zur Unfruchtbarkeit verdammen kann.

Der Genosse Dreyer gab ihm eine treffende und gute Antwort. Das gleiche tat der Genosse Häder, während der Genosse Lütich in seinem Schlußwort die Dinge richtigstellte, die der KAPD-Genosse in seiner vollkommenen falschen Perspektive dargestellt hatte.

Die Versammlung schloß nach Annahme der auf der ersten Seite veröffentlichten Resolutionen eine begeisterten Ruf auf die internationale Gewerkschaftseinheit und auf das Bündnis mit Sowjet-Rußland.

Einheitliches Vorgehen der Bergarbeiter aller Länder notwendig

Coal steht zu seinen Worten

Bekanntlich hat die am 17. September in Brüssel stattgefundene Internationale Bergarbeiterkonferenz die Ideen Coals in Berlin und Essen als „nicht anständig“ desavouiert. Nummern finden wir im „Daily Herald“ eine Erklärung des Kameraden Coal, die lautet:

„Ich habe nichts zurückzuführen von dem, was ich gesagt habe. Ich war hierzulande, daß ich nicht im Namen der Bergarbeiter-Internationale gesprochen habe. Ich habe für die Einheit plädiert, dafür, daß alle Vorkommen in allen Ländern zugleich gestrichelt werden und für die Gleichheit der Arbeitssitz in allen Industrien. Wenn die Vertreter der Bergarbeiter-Internationale eine andere Meinung haben, dann weiß ich nicht, wofür es eine Internationale gibt.“

Diese Erklärung wird sicher nicht Anlaß finden bei den Führern und beim „Vorwärts“, die eine Rückfällnahme auf „die Selbige der deutschen Wirtschaft“ als etwas Selbstverständliches halten. Die Bergarbeiter und überhaupt alle Arbeiter, die in einem engen internationalen Zusammenwirken auf revolutionärer Grundlage die Voraussetzung für erfolgreiche Kämpfe sehen, werden sie begrüßen. Die deutschen Bergarbeiter, die trotz dieser Erklärung noch immer keine Anerkennung erhalten haben, werden sicher einmütig hinter Coal stehen, wenn er sagt:

„Wir müssen in allen Bergbauländern zu einer gleichzeitigen Kündigung kommen, damit jedesmal, wenn die Unternehmer die Kündigungsfrist für Fortzüge ausüben wollen, die Bergarbeiter aller Länder zum gemeinsamen Ausschlag freigeht können. Denn wofür gibt es eine Internationale?“

Was geht da vor?

Scharfschießen des „Bahnhofs“ auf den hallischen Schichtländen

Uns wird geschrieben: Durch Kundgebungen an die Bahnhofsarbeiter waren die Mitglieder des „Eisenbahnschützenges“ in der Zeit vom 10. bis 20. September gegen Unterdrückung nach Halle beordert worden. Bis Anfang noch vorgeschritten. Zunächst: Es war also verboten, im Diensttag zu erscheinen. So kamen alle in Halle an jedem Tage ungefähr 40 Mann zusammen. Erst gab es 1 Stunde Unterricht im Betriebsamt. Dann ging es in Gruppen von 2 bis 3 Mann zu Fuß oder per Straßenbahn zur Heide auf die Polizeischichtlände. Dort mußte jeder einzeln mit Karabiner, Modell 98, und Revolver 4 scharfe Schüsse abgeben. Es gab auch manchmal mehr Schüsse. Die drei letzten Schüsse belamen einige tiefe Wunden. Danach ging es wieder in kleinen Gruppen zurück zur Stadt. Auch belamen die Leute noch etwas Gehgelb.

Soweit es uns ausgegangen ist. Es werden vor allen Dingen die Eisenbahner interessiert. Dienen wertwichtigen „Bahnhofs“ der Scharfschießen veranstaltet, also für einen „Eisenbahner“ vorerzählt, müssen die Eisenbahner einmal gründlich unter die Lupe nehmen. Die Vermutung liegt ohne weiteres nahe, daß dieser „Bahnhof“ nichts anderes ist, als eine bewaffnete Streikvorbereitung, die im Falle eines Kampfes den schwer um ihre Erhaltung ringenden Eisenbahner in den Rücken fallen soll. Um so mehr haben die Eisenbahner alle Ursache, einig und geschlossen darzutreten und alle Versuche, in schändlichen Formen die Eisenbahner zu zerschlagen, sofort in keine zu zerlegen.

Kurze politische Meldungen

Hamburg. Eine von 1000 Lehrern und Lehrerinnen besuchte Versammlung der Hamburger Gesellschaft der Freunde des vorterritorien Schult- und Erziehungswesens und des Verbandes Hamburger Volksschullehrerinnen erklärte sich einmütig gegen den Reichsschulgesetz-Entwurf.

Frankfurt a. M. Eine hartbelegte Versammlung des Frankfurter Lehrerverbands erhob in einer Entschuldigungs scharfen Protest gegen den Reichsschulgesetz-Entwurf.

Baun. Der schäffische Pädologenverein nahm auf seiner Tagung in Baun eine Entschuldigungs gegen den Reichsschulgesetz-Entwurf an.

Tischtscherin in Berlin (Eg. Draht.) Warschau, 30. September. Tischtscherin wird heute Mittwoch um 11.30 Uhr vormittags in Berlin, Schiffsicher Bahnhof, eintreffen.

(Eg. Draht.) Berlin, 30. September. Mit Rumänien und Bulgarien sind Verhandlungen über einen Sicherheitsvertrag mit Mostau im Gange.

Vollzeitschikanen gegen die KAPD. (Eg. Draht.) Duisburg, 30. Septem'ber. In den Räumen der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“, sowie im Parteisekretariat der KAPD, wurde gestern ohne Angabe von Gründen eine Hausung durchgeführt. Trotz größter Sorgfalt, man durchsichtig sogar die Kelleräume, wurde nichts gefunden.

Scheidemann und der Prinz Berlin. Unter der Überschrift: „Eine interessante Tafelrede“ schreibt die „S. J. am Mittag“:

„Bei dem gesellschaftlichen Zusammensein, das gestern dem Vertrag Gemiers im Hotel Alton folgte, hatten sich an einem Tisch als Nachbarn zusammengesunden: Gemier, Scheidemann und Prinz Joachim Albrecht von Preußen. Scheidemann und der Hohenzollernprinz, händereicht während einer politischen Unterredung, deren Würze durch den Franzosen Gemier noch gesteigert wird.“

ISS-Beiter!

Die Reichskonferenz der ISS-Beiter, kommunistischen Lehres und Elternbeiräte beginnt am Sonnabend, dem 10. Oktober, von mittags 10 Uhr, im großen Saale des „Volkspart“ zu Halle. Anmeldungen für Quartiere (gesondert, wieviel Beiter und Beiterinnen, Jungen und Mädels) müssen sofort an folgende Adresse erfolgen:

Beitersleitung des ISS, Halle, Vorhansstraße 14.

Sehr vorteilhafte Angebote
für den **Herbst- und Winter-Bedarf**

Kleidertoffe

Blusenstreifen	mit Kunstfelle große Futterauswahl	98
Hauskleiderstoffe	doppeltbreit, helle Karos und Streifen	98
Kleider-Karos	100/105 cm breit, alle Farben- und Materialauswahl	1 ⁹⁵
Rock-Streifen	100/105 cm breit in den modernsten Farben	2 ²⁵
Popelines	reine Wolle, doppeltbreit in vielen Farben	2 ⁹⁰
Popelines	prima reine Wolle 100/105 cm breit	3 ⁹⁰
Gabardines	reine Wolle 130 cm breit	5 ²⁵

Seidenstoffe

Washseiden	Karos, aparte Farbentstellungen	3 ¹⁵
Blusenstoffe	reine Seide, Karos in Melaine u. Kalliflets	3 ²⁵
Paillettes u. Messalines	reine Seide, in vielen Farben	3 ²⁵
Futter-Seiden	Damaist, in vielen Farben	3 ⁵⁰
Helvetia-Seiden	55/95 cm breit, bedruckt für Rafafs und Besäße	5 ⁰⁰
Crêpes marocaines	90 cm breit, bedruckt für Rafafs und Besäße	6 ⁰⁰
Crêpes de chine	100 cm breit, reine Seide, große Farbauswahl	7 ⁵⁰

Kindernützen

Knaben-Baby-Mützen	aus Wolle und farbige	55
Mäntel-Mützen	für Knaben und Mädchen mit Stoffband	1 ³⁰
Samt-Pompon-Mützen	schwarz farbig	2 ⁵⁰

Damen-Hüte

Flotte Filz-Hüte	mit Band garniert	2 ⁷⁵
Fesche Plüsch-Glocken	jugendliche Form	4 ²⁵
Moderne Filz-Hüte	Berlinerform mit Nippbandgarnitur	6 ⁷⁵
Elegante Silktina-Hüte	mit Stepprand und Fiernebel	7 ⁵⁰
Große Rund-Hüte	mit Stangenreiser garniert	9 ⁷⁵
Elegante Rund-Hüte	mit Reiser- oder Farnspiegelfeld	12 ⁵⁰
Modell-Hüte	aus pa. Material, schicke Garnituren	18 ⁰⁰

Damenbekleidung

Damen-Kleider	aus modernem gestreiftem Stoff mit Sandgarnitur	4 ⁷⁵
Damen-Kleider	aus kariertem Stoff in vornehmer Ausführung	7 ⁷⁵
Damen-Kleider	aus reizvollem Popeline in modernen Farben, nette Nahtart	9 ⁷⁵
Damen-Mäntel	aus vorzüglichen Winterstoffen	8 ⁵⁰
Damen-Mäntel	aus warmen Haarlöffeln	12 ⁵⁰
Damen-Mäntel	aus schwerem Herbststoff	19 ⁰⁰
Damen-Jumpers	aus Selbststoff in modernen Farben und hübscher Ausführung	3 ⁹⁰

Kinder-lütchen

Samt-lütchen	farbig, mit apart Bandgarnitur	4 ⁵⁰
Mädchen-lütchen	niedliche Gien	6 ⁷⁵
Plüsch-lütchen	Mäntelchen mit langer Band-Schleife	8 ⁷⁵

Baumwollwaren

Hemdentuche	grüßte Qualität	50
Linons	für Wäschezwecke	75
Bettsatins	Bettbreite, ca. 80 cm breit	1 ³⁵
Bettmadame	Bettbreite, ca. 80 cm breit	1 ⁴⁰
Bettkattune	gebümt	85
Bettzeuge	lanier, Bettbreite über 1,40 m, ca. 80 cm breit	85
Bettbezüge	gebümt, fertig gebt, mit 2 Kopflisten	5 ⁷⁵

Herren-Artikel

Oberbunden	bunt gestreift, mit 2 Kragen	5 ⁷⁵
Weiche Kragen	aus Ripps	30
Steh-Kragen	mit Eden	55
Hosenträger	aus gutem Gummi	55
Selbstbinder	moderne, kleine Karos	25
Selbstbinder	in neuer Ausmusterung	1 ⁹⁵
Selbstbinder	schöne Form, neueste Muster	2 ²⁵

Gardinen

Künstler-Gardinen	steilig	2 ⁹⁵
Madras-Garnituren	steilig	3 ⁹⁰
Etamine-Stores	mit bestem Einlag	1 ⁹⁰
Scheiben-Gardinen		19
Gardinen	Stuldinate	45
Bettdecken	über 2 Betten	6 ⁷⁵
Etamine-Künstler-Gardinen	mit Velant	4 ⁹⁰

Regenschirme

Regenschirme	Plattgriff für Damen und Herren	3 ⁹⁰
Top-Schirme	moderne Griffe	4 ⁹⁰
Regenschirme	Rundbogen mit farbigen Spigen	7 ⁵⁰
Regenschirme	Rundbogen für Damen und Herren	8 ⁷⁵

J. LEWIN

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3

Halle gib acht!
Donnerstag, 1. Oktober, 8 Uhr abds.: Beginn einer neuen Serie im **Modernen Theater!**
Im Gefühlsprogramm: **Personlich Dir, Ferry Rosen Personlich**
Vorgänger, Direktor des Leipziger „Luna-Park“
Zum ersten Mal in Halle!

30 Minuten Lachstürme!
Taubengasse Nr. 10
Ein lustiger Stetich mit Dir, Ferry Rosen

Thea Athenos
Lebende Sammlerstücke
Julius Bävald
Der rheinische Komiker
Hilde Manring, Edda Thami, Selma Menetti, Olga D. Urban
Neu! Original Wiener Neu!
Schwammel-Duo!
Sorgfältige Wiener Küche
Gutgepflegte Biere
Gute alte Weine
Eintrittspreise von 50 Pf. bis 2 Mk.
Kartenbestellungen Telefon 5691

Wie spart man das halbe Buttergeld ohne Butter entbehren zu müssen? Antwort: Man laufe „Rahma buttergleich“!
„Rahma Margarine buttergleich“ ist ein Edelzeugnis, zu dem feinste Frischmilch verwendet wird. Die „Rahma“ lann sich in bezug auf Nährwert und edlen Wohlgeschmack deffensiven Butter an die Seite stellen. Ist aber noch nicht einmal halb so teuer wie diese.
1/2 Pfund nur 50 Pfennig.

Rahma buttergleich



Rinderseitig „Der kleine Gott“ oder die Lachszeitung „Nest“ anrufen

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltung Halle a. S.
Hatz 42 44
Freitag, 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkspart“ (Restaurationsaal)
Große Mitglieder-Berjammlung
Tagesordnung:
1. Bericht und Stellungnahme zu den stattgefundenen Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit-Abkommen
2. Verbands-Angelegenheiten
3. In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung müssen die Kollegen Mann für Mann erscheinen
Die Ortsverwaltung
NB. Die Betriebsratsmitglieder, Vertrauensleute und Kameraden treffen sich 6 1/2 Uhr im Kartellzimmer

Öffentliche Sitzung
der Gemeindevertretung in dem Sitzungssaal des Gemeindefeises am **Donnerstag, dem 1. Oktober 1925, abends 6 Uhr**
Tagesordnung:
1. Einleitung des anstelle des nach Stahutit vertretenden Gemeindefeisers Herrn Weidert als Ersatzmann eintrittenden Gemeindefeisers Herrn Hermann Gollmann
2. Ueberzeugung der bisher auf den Namen der Wohnungs-Gesellschaft Schindler eingetragenen Verwaltungen Gumbach, So. VI, Bl. Nr. 246, 247, Nr. 1475 und 1475 in Größe 110/190
3. Ueberzeugung des an die Gemeinde Weidert, lamm-Erstellung der Vollmacht zur Entgegennahme der Zulassung
4. Einleitung eines weiteren, kurzfristigen Sitzens bei der Arbeitsstelle Weidert zur Bestreitung der Kosten des Neubaus eines Verwaltungsgebäudes mit Wohnungen

Werbt i. d. Klassenkampf

Winter-Kartoffeln
Bestellungen nimmt entgegen
Nürnberger
Leipziger Straße 45
Telephon 4194

Reichsbund deutscher Mieter
Erichsen, Reichsbund
Donnerstag, 1. Oktober, abds. 8 1/2 Uhr, im „Volkspart“
Mitgliederberjammlung
zu sehr wichtiger Tagesordnung
In dieser Berjammlung müssen die Mitglieder pünktlich und zahlreich erscheinen. Gölle willkommen!
Der Vorstand
NB. 7.30 Uhr **Vorkantablung**

Steinfeyer
stellen ein 1559
Gebr. Böther
Merseburger
Bekanntmachung
Die **Stadtorbunden-Sitzung** wird vom Mittwoch, den 30. September 1925, auf **Samstag, den 3. Oktober 1925, abends 8 Uhr**, verlegt.
Leuchern, den 29. September 1925
Der **Stadtorbunden-Vorsteher**
Otto Bond 1556

Juridisch hat vom Tode unserer lieben Verstorbenen lagen mit allen Verwandten und Bekannten für die rege Teilnahme unter herzlichen Dank, besonders Dank den Herren und Schwestern des Ehrenpall-Komitees, die liebevolle Pflege Dank auch Herrn Pastor Thierher Im Namen aller Hinterbliebenen
Franz Galler
3987
Karl-Liebknechtstraße 1

Donnerstag 11. Uhr bericht d nach langen, überaus Leben, mein lieber Mann, unter guter Natur, Schwieger- und Großmutter
Hermann Emmerich
Weinstraße, 29. Septbr. 1925
Im liden Reichsbund
Herrn Treder Kamerad und Familie
Einsetzung findet in Halle statt

Gewerkschaftsbewegung

Das neue Arbeitsgerichtsgesetz

Dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat ist vor einiger Zeit ein neuer Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes vorgegangen. Dieser Entwurf soll noch in diesem Jahre im Reichstag verabschiedet werden.

Nach dem neuen Entwurf sollen unter Ausschluß der ordentlichen Gerichte vor den Arbeitsgerichten und allen Arbeitsvertragsparteien aus Tarifverträgen die Tarifvertragsparteien aus Tarifverträgen und alle Arbeitenden, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, behandelt werden. Alle Sachen, die bisher vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zuständig waren, sollen den Arbeitsgerichten übertragen werden. Eine wichtige Änderung bedeutet die vorgesehene Zuständigkeit der Arbeitsgerichte für die Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnis erwachsen. Diese Streitigkeiten sind in den Fällen ungewisser Entlohnung, Entschädigung, Auflösung, Neuwahl, Arbeitsvertrag, Einspruch gegen Einstellungen u. a. bisher der Schlichtungsanstalt zuständig und in den weiteren Instanzen die ordentlichen Gerichte zuständig. In der neuen Fassung durch Abänderung des Betriebsratsgesetzes, die Arbeitsgerichte, und die hierzu vorgesehenen höheren Instanzen zuständig werden.

Dem Arbeitsgericht sollen alle Arbeiter und Angestellte unterstellt werden. Nach § 10 des Gesetzesentwurfes sollen als paritätisch im arbeitsgerichtlichen Verfahren auch die Gewerkschaften und Unternehmerverbände und die Arbeiter- und Angestelltenverbände im Sinne des Betriebsratsgesetzes gelten.

Die Arbeitsgerichte sollen als selbständige Gerichte durch die Landesjustizverwaltungen regelmäßig für den Bezirk eines Amtsgerichtsbezirkes errichtet werden. Die Arbeitsgerichte bestehen aus den von der Landesjustizbehörde ernannten Vorsitzenden und aus Beisitzern, die je zur Hälfte aus Arbeitern (Angestellten) und Unternehmern bestehen. Für Streitigkeiten der Arbeiter und Angestellten bestimmter Berufe und Gewerbe können besondere Kammern gebildet werden. Die Kammern bestehen immer aus einem Vorsitzenden, einem Arbeiter(Angestellten)beisitzer und einem Unternehmerbeisitzer. Die Vorsitzenden sollen regelmäßig ordentliche (studierte) Richter sein. Sie werden für mindestens ein Jahr, höchstens für neun Jahre angestellt. Nach dreijähriger Tätigkeit können sie auf Lebenszeit an den Arbeitsgerichten angestellt werden.

Die Beisitzer, die bei den bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten im Verhältnis zum Vorkaufmannsgericht der Gewerkschaften und Unternehmerverbände gewählt wurden, sollen nach dem Entwurf auf drei Jahre ernannt werden. Die höheren Verwaltungsbehörden (Regierungspräsidenten) sollen im Einklang mit den Landesjustizverwaltungen die Beisitzer auszuwählen aus einer Liste, die die Gewerkschaften und Unternehmerverbände vorsehen. Die Beisitzer sollen ein Jahr im Amtsgerichtsbezirk wohnhaft, mindestens 24jährige Reichsbürger sein.

Für die zweite Instanz sind Landesarbeitsgerichte für die Verwaltungsbezirke oder für einbezügliche Wirtschaftsgebiete vorgesehen. Vorsitzende der zweiten Instanz sollen Landesjustizverwaltungen oder Oberlandesjustizräte, wenn möglich mit Kenntnis auf arbeitsgerichtlichen und sozialem Gebiet werden. Beisitzer sollen mindestens 30 Jahre alt und drei Jahre als Beisitzer an Arbeits-(Gewerbe- oder Kaufmanns-)gerichten tätig gewesen sein.

Die höchste Instanz, das Reichsarbeitsgericht, soll beim Reichsgericht in Weimar mit Senatspräsidenten des Reichsgerichts als Vorsitzenden, aus dem Senat ein Landesarbeitsgericht als Vorsitzenden, zwei Reichsgerichtsrichtern als Richter, zwei Beisitzern und je einem Arbeiter- und Unternehmerbeisitzer bestehen. Die Beisitzer sollen aus Vorschlagslisten der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Unternehmerverbände auf drei Jahre ernannt werden.

Der in dem Entwurf im Titel des Arbeitsgerichts als Landesarbeitsgericht festgesetzt worden, wenn der festgesetzte Wert des Streitgegenstandes dreihundert Mark übersteigt, aber wenn die grundsätzliche Bedeutung des Rechtsstreits außerordentlich ist. Die Berufungsfrist beträgt zwei Wochen. Das Urteil erster Instanz soll von Berufung sofort vorläufig vollstreckbar sein, wenn dem Beklagten kein außerordentliches Interesse entgegensteht. Rechtsmittel sollen wie bisher bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, auch bei den Arbeitsgerichten als Rechtsmittel nicht zugelassen werden. Für Vertreter der Gewerkschaften und Unternehmerverbände können als Vertreter der Kläger und Beklagten auftreten. Eingehen müssen bei den Landesarbeitsgerichten und dem Reichsarbeitsgericht die Parteien durch Rechtsanwältinnen oder Vertreter der Organisationen vertreten sein.

Für jede Klage ist ein vorläufiges Güteverfahren, dessen Durchführung allein den Arbeitsgerichten als Rechtsmittel nicht zugelassen werden. Für Vertreter der Gewerkschaften und Unternehmerverbände können als Vertreter der Kläger und Beklagten auftreten. Eingehen müssen bei den Landesarbeitsgerichten und dem Reichsarbeitsgericht die Parteien durch Rechtsanwältinnen oder Vertreter der Organisationen vertreten sein. Für jede Klage ist ein vorläufiges Güteverfahren, dessen Durchführung allein den Arbeitsgerichten als Rechtsmittel nicht zugelassen werden. Für Vertreter der Gewerkschaften und Unternehmerverbände können als Vertreter der Kläger und Beklagten auftreten. Eingehen müssen bei den Landesarbeitsgerichten und dem Reichsarbeitsgericht die Parteien durch Rechtsanwältinnen oder Vertreter der Organisationen vertreten sein.

Das neue Arbeitsgerichtsgericht wird, wenn es auch noch einige „Verbesserungen“ erfahren sollte, auch die neuen Arbeitsgerichte zu ausgedehnten Klageninstanzen der kapitalistischen Gesellschaft machen. Hinsichtlich der neuen Instanz der Reichsarbeitsgerichte und Republik“ und die Verhältnisse, die die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts vor sich, ist es, das sechs Jahre nach Weimar die Regierung dieser Republik ein solches Gesetz vorlegen kann. Die größte Verhängung der Arbeiter und Angestellten ist unzureichend der Umwandlung, daß die bisher gewählten Beisitzer von den rechtlichen Landesbehörden ernannt werden sollen. Wie diese Ernennung vor sich geht, ist nicht deutlich bei der Zusammenfassung der Schlichtungsgerichte.

Die von sozialdemokratischer und freigeistlicher Seite geäußerte Kritik lehnt das Gesetz nicht grundsätzlich ab. Sie glauben, daß die Richter der Arbeitsgerichte durch entsprechende Vorbildung empfänglicher für die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Arbeitenden gemacht werden können. Sie glauben, daß durch die Verberaterungen einiger Wohlhabender den Gerichten der Klassenkampf getrennt werden kann. Diese Instanzen werden die Arbeiter und Angestellten nicht helfen. Sie wissen, daß Klassenjustiz auch bei den kommenden Arbeitsgerichten untrennbar verbunden ist mit einer Klassenjustiz. Erst die Befreiung dieser Klassenjustiz wird den Arbeitenden Recht bringen.

Die Arbeitslosenversicherung

Die Regierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung vorgelegt. Die Verordnung über die Arbeitslosenversicherung vom 10. 2. 1924 hatte bereits Erfolg, daß Reich, Länder und Gemeinden die Kosten zu tragen haben. Sie enthält zwar nicht die Bestimmungen, daß Reich und Länder Beiträge zu leisten haben, wenn die Beiträge die Ausgaben nicht decken, es hat sich aber herausgestellt, daß bereits im Jahre 1924 von den im Reichsgesetz festgesetzten 170 Millionen für Arbeitslosenversicherung nur 2 Millionen einkommen waren. Die Arbeitslosenversicherung muß also die Mittel für die Arbeitslosenversicherung ohne auch nur ein behebendes Mitbewußtsein zu haben.

Der Entwurf soll nun bezüglich mit der Beitragspflicht von Arbeitern und Unternehmern dem Reichsantrag auf Unterfertigung beteiligt sein, als es der vorgesehene Reichsausgleichsliche Paragrafen zu gewähren hat, falls ein vorgelegener Antrag, der für Unterfertigung von 200.000 Erwerbslose für drei Monate gefaßt werden soll, erfolgt ist.

Gegeben der Auffassung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften hat die Kommunistische Partei den Standpunkt vertreten, daß die Kosten der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung vom Staat zu übernehmen sind. Die Arbeitslosen sind Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Arbeitslosenversicherung muß es abtun, noch weitere Versicherungsbeiträge zu übernehmen.

Der vorliegende Entwurf muß also grundsätzlich aufs Schärfste bestritten werden. Aber auch durch seine Einzelheiten wird an der Forderung unerbittlicher Streiks der Arbeitslosenfrage wenig geändert.

Wie steht es mit der Selbstverwaltung?

Träger der Arbeitslosenversicherung sind nach dem Entwurf die Landesarbeitslosenstellen, die sich in ihrer Gliederung denen mit den Beisitzern der Landesämter für Arbeitsvermittlung. Ihre Organe sind der Vorstand und der Aufsichtsrat. Beide setzen sich zusammen aus dem Vorkandidaten und der gleichen Zahl von Arbeitern und Unternehmern, die von den Landesarbeitsstellen ernannt werden. Die sogenannten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer in den Vorständen.

Jeder Landesarbeitsstellenstelle besteht eine Spruchkammer, die aus dem Vorsitzenden des Oberverwaltungsamtes und je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, die dem Aufsichtsrat angehören, gebildet wird.

Die Beiträge

werden vom Aufsicht der Landesarbeitsstellen in Prozenten des Grundlohnes entsprechend den Beiträgen zur Krankenversicherung festgelegt. Es sollen den Reichsbürgern, von der Ausübung der Versicherungsleistung, nicht übersteigen, aber doch bis zu 2 Prozent des Grundlohnes gehen.

Verpflichtungsgebiete

Der Kreis der Verpflichteten umschließt alle Personen, die der Verpflichtungsleistung unterliegen. Es werden also ausschließlich die höheren Angestellten. Eine freiwillige Versicherung ist vorgesehen für Arbeiter und Angestellte, die aus einer verpflichtungsrechtlichen Verpflichtung ausbleiben, aber Arbeiter oder Angestellte bleiben, wenn sie in den letzten 24 Monaten vor dem Auscheiden mindestens 26 Wochen Pflichtversichert waren. Gerade die besonders große Zahl der erwerbslosen Angestellten muß zu härtestem Protest gegen eine solche Regelung aufrufen.

Es werden weiter auch die Land- und Forstwirtschaftler in Anspruch genommen. Wenn ein in der Land- und Forstwirtschaft tätig ist, außerdem noch Eigentümer oder Pächter land- oder forstwirtschaftlicher Grundbesitzes von gleicher Größe ist, daß er seinen Beitrag mit seinen Angehörigen zu zahlen in der Lage ist, so ist er von der Verpflichtung ausgeschlossen. Außerdem unterliegen nicht der Verpflichtungsleistung die in der Land- und Forstwirtschaft.

1. wenn er auf Grund eines Arbeitsvertrages von mindestens einjähriger Dauer beschäftigt wird,
2. wenn er auf Grund eines Arbeitsvertrages auf unbestimmte Zeit beschäftigt wird und ihm ohne wichtigen Grund nur mit mindestens dreimonatlicher Frist gekündigt werden kann.

Damit sind die wesentlichen Bestimmungen der Verordnung vom 13. 2. 24, die bisher schon die Land- und Forstwirtschaft von der Arbeitslosenversicherung ausschließen, übernommen, um gefügige Verhältnisse der Agrarier zu erhalten.

Für die Seeleute werden, da sie nicht krankenversicherungspflichtig sind, die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung nach Bruchteilen des Arbeitsverdienstes ihrer Berufsgruppe berechnet.

Wer hat Anspruch auf Unterfertigung?

Nach den geltenden Vorschriften erhalten Unterfertigung: arbeitsfähige, arbeitswillige Personen, die sich infolge des Krieges durch geringe oder teilweise Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden. In dem neuen Entwurf heißt es:

1. arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist,
2. die Anwartschaft erfüllt hat,
3. den Anspruch auf Arbeitslosenversicherung noch nicht erloschen ist.

Kurzarbeitsunterfertigung, die bisher schon praktisch nicht mehr bestand, fällt in Zukunft also grundsätzlich fort. Die Befreiung des Arbeitslosen von der Arbeitslosenversicherung, von dem Kongress der Arbeitervereine, ist zu erörtern. Die Zahl der Unterfertigungsberechtigten würde sich angeblich ungeheuer steigern. In welchem Umfang aber der Arbeiter, die die Beiträge zu zahlen hat, auch weiterhin für den Fall der Erwerbslosigkeit die

Unterfertigung verlangt werden kann, zeigen die folgenden Paragraphen.

Die Vorschrift, daß nur arbeitsfähige Personen unterfertigungsberichtig sind, daß dazu gehört, daß Erwerbslose vom Arbeitsnachweis als arbeitsfähig, von dem Anwartschaftsbesitz aber als arbeitsfähig bescheinigt werden, so daß sie von keiner Seite Unterfertigung erhalten. Der Entwurf stimmt mit diesem Zustand nicht ab. Wenn er auch den Begriff der Arbeitsfähigkeit im Sinne der Arbeitslosenversicherung festlegt, so überläßt er doch den Arbeitnehmern die Feststellung der Arbeitsfähigkeit. Auch die Fälligkeit der Unterfertigung ist nicht vorbestimmt, daß ein Arbeiter, der 26 Wochen Beiträge entrichtet hat, nur dann als arbeitsfähig angesehen werden kann, wenn sich kein körperlicher oder geistiger Zustand nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung zu vermindert hat, daß die Voraussetzung der Arbeitsfähigkeit im Sinne der A.S.D. nicht mehr vorliegt.

Auch die Pflichtarbeit wird nicht befristet

Nach § 48 des Entwurfes soll für Arbeitslose unter 2 Jahren und für langfristige Arbeitslose auch weiterhin die Unterfertigung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden.

Wer sich ohne berechtigten Grund weigert, eine Arbeit anzunehmen, auch wenn sie außerordentlich schwer ist, so kann er als arbeitsfähig bescheinigt werden. Ein berechtigter Grund wird nur anerkannt, wenn

1. für die Arbeit nicht die tarifliche oder umein solcher nicht besteht, der im Beruf übliche Lohn gezahlt wird, oder
2. die Arbeit dem Arbeitslosen nach seiner Vorbildung oder früheren Tätigkeit oder seinem körperlichen Zustand nicht zugemutet werden kann, oder
3. die Arbeit durch Ausland oder Auswanderung frei geworden ist, für die Dauer des Auslandes oder der Auswanderung, oder
4. die Unterfertigung gesundheitlich oder fittlich bedenklich ist, oder
5. die Verlegung der Angehörigen unmöglich wird.

Taus kommt noch eine neue Bestimmung, die die Möglichkeit der Entziehung der Unterfertigung, nämlich die Verweigerung des berechtigten Grundes einer Voraussetzung der Unterfertigung zu unterziehen. Ferner besteht kein Anspruch auf Unterfertigung, wenn ein Erwerbsloser landwirtschaftlich oder als Gewerbetreibender durch selbständige Arbeit den erforderlichen Lebensunterhalt auf Grund vorhandener Grundbesitzes oder Fortführung eines vorhandenen Betriebes erwirtschaften kann.

Keine Unterfertigung, wenn Arbeitslosigkeit durch Ausland oder Auswanderung verursacht worden ist

Die bisherige Vorschrift, daß bei Streik und Auswanderung erst nach 14 Wochen nach Beendigung die Zahlung der Arbeitslosenversicherung beginnt, ist ebenfalls in verbänderter Form wieder aufgenommen. Nach § 51 soll der Erwerbslose für die ersten vier Wochen keine Unterfertigung erhalten, wenn er keine Arbeitsstelle ohne wichtigen Grund aufgegeben oder durch sein Verhalten, das zur Freilassung Entlassung berechtigt, verloren hat. § 52 legt, daß Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch Ausland oder Auswanderung ganz oder überwiegend verursacht ist, während des Auslandes oder der Auswanderung keine Unterfertigung erhalten. Mit diesen beiden Paragraphen will man die Arbeiterhaft vor ihrem Kauf in höhere Lohn- und Arbeitsbedingungen abhalten.

Eine Reihe von Verfügungen bringen dann weiter die Vorschriften über

Anwartschaft und Wartezeit

Bisher genügte eine Beschäftigung von drei Monaten in den letzten zwölf Monaten für den Anspruch auf Unterfertigung, während nach dem neuen Vorschriften eine vorübergehende Beschäftigung von drei Monaten in den letzten zwölf Monaten erforderlich ist. Die Wartezeit der Unterfertigung soll, wie bisher, 26 Wochen in den letzten zwölf Monaten betragen. Die Zahlung der Arbeitslosenversicherung soll nicht, wie bisher, nach drei Tagen allgemein beginnen, sondern in der Regel erst nach sieben Tagen. Ausnahmefälle sollen die Zahlung vom ersten Tage beginnen, bei einer vorübergehenden Beschäftigung von weniger als sechs Wochen oder Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit von mindestens einjähriger Dauer.

Die Höhe der Arbeitslosenunterfertigung

richtet sich nach dem Arbeitseinkommen. Es sind fünf Lohnklassen vorgesehen, denen je ein Einheitslohn zugrunde gelegt ist.

Klasse	wöchentliches Arbeitseinkommen	Einheitslohn
1	bis zu 10 RM.	10 RM.
2	10 bis 20 RM.	15 RM.
3	20 bis 30 RM.	25 RM.
4	30 bis 40 RM.	35 RM.
5	mehr als 40 RM.	40 RM.

Die Hauptunterfertigung beträgt 40 v. H. des Einheitslohnes, der Familienzuschlag 5 v. H., der Hochjahrszuschlag 5 v. H. des Einheitslohnes. Für einen großen Teil der Arbeiterhaft, besonders die leicht ermittelbaren, bedeutet das noch eine Verschlechterung, eine Kürzung der bisherigen geringen Erwerbslosenunterfertigung.

Die Krankenversicherung

wird während des Bezuges der Arbeitslosenunterfertigung fortgesetzt, in Krankheitsfällen wird als Krankengeld der Betrag der Arbeitslosenunterfertigung gezahlt. Die bisherige Regelung, daß den erwerbslosen Kranken nur die Hauptunterfertigung ohne Familienzuschlag gezahlt wird, hat zu unbilligeren Zuständen geführt. Auch die geplante Herabsetzung, die das Krankengeld nur in Höhe der Arbeitslosenunterfertigung gemindert, bedeutet, daß der Arbeitslose bei der geringen Unterfertigung weder genug noch arbeitsfähig werden kann.

Das sind die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzesentwurfes über die Arbeitslosenversicherung. Die Arbeiterhaft hat alle Verhältnisse, in den Gewerkschaften und Betrieben sofort Stellung zu nehmen und zu verhindern, daß ein Gesetz zustande kommt, das durch die Beitragspflicht den Arbeitern und Angestellten dauernde Lohnabsätze aufzudrückt und die große Masse der Arbeiter dem Hunger preisgibt. Maria Theresia.

Kartellierung, Bitterfeld

In der am Mittwoch, dem 23. September, stattgefundenen Ortsversammlung der Arbeitervereine Bitterfeld erstattete der Bezirksleiter Weidner einen Bericht über die Tätigkeit der Arbeitervereine im Kongress. Durch seine Seitenweise ludie er die anwesenden Gewerkschaftler als auf falscher Bahn sinngelassen. Im großen und ganzen habe der Kongress bewiesen, daß der A.D.G. sich auf der rechten Bahn befindet, nützlich für die Gewerkschaftsmitglieder zu wirken (1).

Die Diskussion bewegte sich in solchen Bahnen. Der Genosse Jäger führte unter anderem aus, daß die Arbeiterhaft von dem Kongress in Bezug auf Umstellung zu Industriellen-Organisationen nicht erwartet habe. Die A.P.D. habe immer auf dem Boden des Zusammenstoßes der gesamten Arbeiterhaft in Zentralorganisationen gehalten, um dem Kapital geschloßen gegenüberzutreten. Der Vertreter der B.A.D. erklärte, daß seine Gewerkschaft nicht für Industriellenverbände eintrete.

Da der Besuch am Anfang der Versammlung sehr schwach war, wurde das Protokoll nach dem Bericht verlesen. Der Schriftführer gab sich Mühe, in seinem mindestens acht Seiten umfassenden Protokoll die Ausführungen der Kommunisten in einzeln zu fassen und sie für die Zukunft festzuhalten. Es mußte dem Kongress entgegengehalten werden, daß die Arbeiterhaft von dem Kongress nicht beabsichtigt war, sondern nur ein Mittel war, um die Arbeiterhaft zu verhindern, daß ein Gesetz zustande kommt, das durch die Beitragspflicht den Arbeitern und Angestellten dauernde Lohnabsätze aufzudrückt und die große Masse der Arbeiter dem Hunger preisgibt. Maria Theresia.

Bei Poewendahl's kauft man doch am vorteilhaftesten

Mäntel, Kostüme, Kleider, Blusen, Röcke, Kinder-Kleider, Kinder-Mäntel, Schuhe, Hüte, Wäsche, Kleiderstoffe

WALHALLA
 Direktion: Adolf Vogel, Fernr. 8385

Neute letzter Tag
Otto Reutter
 und 10 Variété-Sensationen
 Gewöhnliche Preise!
 Ab morgen Donnerstag, 1. Oktober:
 ein vollständig neues Programm
 mit
10 Riesen-Sensationen

Anfang 7 1/2 Uhr — Vorverkauf ab 11 Uhr
 Unterbrechung in die Theaterpause

Hausfrauen kauft nur bei unseren Inserenten!



Volkskalender
 der
Kommunistischen Partei
 Deutschlands
 Bezirk Halle-Merseburg
1926

ATA

Der ATA-Engel ist vergnügt,
 weil seine Arbeit nur so fliegt.
 In heller Freude ruft er aus:
 ATA gehört in jedes Haus!
ATA putzt und reinigt alles!

Partei-schriften
 empfehlen die
Volksbuchhandlungen
 Berghelldrahe 14 Burg 42.44

Genossen! „Klassenkampf“-Leser!
 Sonntag, den 4. Oktober, beginnen wir mit der Verbreitung unseres Volkskalenders für 1926 im Bezirk Halle-Merseburg. Der Kalender umfasst über 80 Druckseiten, ist mit interessierenden Aufsätzen und Illustrationen ausgestattet und kostet nur 30 Pfennig
In jede Familie gehört unser Volkskalender!
 K.P.D. Halle-Merseburg

Stadt-Theater
 Donnerstag 7 1/2 Uhr
 Aufführung:
„Friedrich“
 mit den Damen
 Heller, Johow,
 Kreher, den Herren
 Duras, Reichel,
 Weber, Spielteig,
 Intendant Dietrich
 Freitag 7 1/2 Uhr
Der Kroubadour
 Ende 10 Uhr

Sie kaufen billig
 gebrauchte
**Anzüge, Mäntel,
 Schürzen usw.**
Hofmann
 Weipziger Str. 27
 am Baum 1004
 Puz. Ehren (1 Kind)
 Licht lötet maßfertiges
 Stimm. u. Schloßgerä-
 te. Br. nach Lieberkind
 Str. 11 an Berl. Str.

Schirme
 Ausführung von
 Reparaturen aller
 Art und Belegen
 prompt, sauber
 und billig
J. Voigt
 Barfüßlerstr. 17, 901
 Reinleben

Gierwolle
 1/6 95 Pf
Lipper
 für Kleinr. 35
 Wlanbege Str. 25
 am Walhalla

Zur Unterhaltung
 feiner Herrenparties
 und Damenabende
 nach Maß emol. sich
Otto Bartelt
 Drehschneiderei 7
Lederjohlen
Gummiabische
 billig bei 1274
Wilh. Kranz
 Neue Promenade 15
Kaufe leinend
 netz herrenanzüge,
 Anzüge, Hüte,
 Smoking - Anzüge,
 (mit Hosen, Kell-
 schelle, Wäsche
Hirsch
 Brüder-
 strasse 3
Wringmaschinen
 mit 2 Rollen
 30 cm lang, helles
 Seifen 3 Jahr Gar.
 20,00 Wk.
Otto Sparsmann
 n. Wehla, Tel. 6934

Zeitungsträgerin
 für Zappendorf per sofort ge-
 sucht. Meldungen bei **Emil
 Wagner, Zappendorf**

Zeitungsträger
 für Esperstedt sofort gesucht
 Meldungen bei **Wag. Wagen-
 knecht, Ober-Esperstedt**

Zeitungsträger
 für Langendorf gesucht. Zu
 melden beim Genossen **Schilling**,
 Döberitzplatz 51

Jede Drucksaße
 die im Geschäft, wie Weinstecker
 benötigt wird, liefert die Suche
 und Auslieferung Produktiv-Genossenschaft
 Halle a. S., Berghelldrahe 14. Es
ist
 das Wangen der Firma, (Kleinr. 4)
 geschmackvoll und preiswert zu
 beziehen. Die Druckerzeugnisse er-
 bringen den besten Beweis, daß
immer noch
 der Geschäftsmann wie den Vereinen
 die Werbungen arrangieren, durch
 eine entsprechende Drucksaße
 ein Erfolg unbedingt sicher ist
 Sie sind und bleiben daher noch immer
**das beste
 Werbungsmitel!**

**Trauerbriefe
 und -Karten**
 liefert sofort die Druckerei der
**Produktiv-Genossenschaft für
 den Bezirk Halle-Merseburg**
 e.G.m.b.H., Halle (Saale), Berghelldrahe 14
 Fernruf: 1045, 1047, 2251

Genossen! Anhängende Bestellzettel benutzt bei der Werbung neuer „Klassenkampf“-Leser!

Bestelle ab 1. Oktober 1925 zum monatlichen Bezugs-
 preise von 2,30 Mk. den

Klassenkampf

Ort: _____
 Name: _____
 Straße: _____

Bestelle ab 1. Oktober 1925 zum monatlichen Bezugs-
 preise von 2,30 Mk. den

Klassenkampf

Ort: _____
 Name: _____
 Straße: _____

Bestelle ab 1. Oktober 1925 zum monatlichen Bezugs-
 preise von 2,30 Mk. den

Klassenkampf

Ort: _____
 Name: _____
 Straße: _____